

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

287 (9.12.1930)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis Die 10 gepaltene Millimeterseite kostet 12 Pfennig. Belegpreis auswärts und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterpreise sind nach dem Wiederholungsgrad nach unten, der bei Nichterhaltung des Abdruckes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Kontour außer Acht tritt. © Erfindungsrecht vorbehalten. © Kartelle I. D. © Verlag der Zeitungs-Vertriebsstelle 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,50 Mark o. Einjahresbeitrag 10 Pfennig o. Erscheint 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2,50 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I. D., Waldstraße 28 o. Journal 1020 und 1021 o. Volkstreu-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9. D.-Baden, Johannisstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 287 Karlsruhe, Dienstag, den 9. Dezember 1930 50. Jahrgang

Selbstmord des Bürgertums

Kapituliert auch die Volkspartei vor den Nazis?

Das deutsche Kaiserreich ist an der politischen Unfähigkeit und dem Scheitern des Bürgertums zugrunde gegangen. Es hat ungenügend und kritiklos, meist sogar bewußt ungenügend, wie ein notorischer Monarch Deutschland zunächst isoliert, dann in den Weltkriegen hineingeführt und schließlich trotz beispiellosen Verfalls des gesamten Volkes dem Zusammenbruch entgegengeführt, der mit einem Funken von politischem Gehirne zu vermeiden wäre.

Die Lehre von 1918 hat offenbar wenig gelehrt. Das deutsche Bürgertum ist wieder auf dem besten Wege, das in der Republik erkrankende und gefestigte Reich zu richten. Klugheit, Sachlichkeit und seine Handlungen. Mit Ausnahme jener Teile des Bürgertums, die im Zentrum und in der bayerischen Volkspartei ihre politische Vertretung erblickten, und die sich zur Wehr gegen den drohenden Wahnsinn wehrten, ist das übrige deutsche Bürgertum auf dem besten Wege, die Kapitulation vor dem Faschismus vorzubereiten. Das demokratische Bürgertum sieht sich in einer furchtbaren Lage. Sein Zerfall ist durch die selbstverursachte Gründung der deutschen Staatspartei beschleunigt worden. Die Deutschnationalen haben unter Hugenburgs Leitung auf die politische Politik längst verzichtet, und sind jetzt bewußt die Schmach der Diktatur ersehnen. Die Volkspartei überläßt sich förmlich in Liebeserklärungen an Hitler.

Der Deutschen Volkspartei sind nun ebenfalls Kräfte am Werk, die dem Beispiel von Hugenburg und Drexler zu folgen und das Reich vor dem Tode des Selbstmords zu retten. Als Streifen, dessen persönliches Prestige weit über den Rahmen der Partei hinaus strahlte, ahnte jeder, daß es mit der Deutschen Volkspartei unter Dr. Scholz schnell herab geben würde. Dr. Scholz aus dem Wahlbezirk seiner Partei und aus der politischen Niederlage, die er bei der Reichstagspräsidentenwahl erlitten hatte, sah sich nun, kaum acht Tage nach der Übernahme des Vorkriegs-Partei ebenfalls im Verdacht, den Kräften im politischen Lager nachzugeben, die sich den Nazis in die Arme werfen wollen.

Magdeburg hat Dingeldey in einer Rede nach übereinstimmenden Meldungen von „wertvollen Kräften“ gesprochen, die in

nerhalb der nationalsozialistischen Partei sein sollen. Er will ferner erklärt haben, daß „viele Kräfte in den Wiederaufbauprozess eingeschlossen“ werden müßten. Diese Ausführungen stehen offensichtlich im Widerspruch zu dem, was der Führer der Volkspartei ungefähr 8 Tage früher, kurz nach seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten der Deutschen Volkspartei in Berlin unter dem Beifall des volkspartei-treuen Zentralvorstandes über die Nationalsozialisten ausgesprochen hat. Damals wachte sich Dingeldey entschieden gegen die Kommerzialisierung der nationalsozialistischen Führung, was zur Folge hatte, daß ihn die Presse des Herrn Hitler ebenso mit Kübeln von Schmutz bedachte, wie sie von den Nationalsozialisten seit Stresemanns Tod seit Jahr und Tag über Stresemanns Grab gefeiert werden. Nun läßt die Reichsgeheimratsstelle der Deutschen Volkspartei die Meldungen über Dingeldeys Rede in Magdeburg dahin korrigieren, daß er zwar von Kräften der nationalsozialistischen Bewegung gesprochen habe, die in den politischen Aufbauprozess Deutschlands einbezogen werden sollen, er aber keineswegs „für eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung eingetreten“ sei. Wie sich Herr Dingeldey jedoch die Beteiligung der „wertvollen Kräfte der Volkspartei“ an dem Wiederaufbauprozess ohne deren Beteiligung an der Regierung denkt, sagt er in der Korrektur seiner Rede nicht.

Dingeldey hat jedenfalls in Magdeburg anders geredet, als acht Tage vorher in Berlin und als er vielleicht im Grunde seines Herzens über die nationalsozialistische Bewegung denkt, wahrscheinlich als Kommissar an die Kräfte der Volkspartei, die da abfallen, den Nationalsozialisten nur durch eine Beteiligung an der Regierung Abbruch tun zu können. Aber mit dieser Kommissar hat sich Herr Dingeldey auf einen Weg gegeben, der seinem bisherigen Ruf als bekannter Politiker Abbruch tun muß.

Kein Wunder, daß die Nationalsozialisten, die die bürgerlichen Parteien mit blutigen Hohn und rassistischer Schärfe bekämpften, großenwahnförmig werden, wenn sie sehen, daß die Führer dieses Bürgertums auf die ihnen zuteil werdende Behandlung reagieren, wie sie ihnen fast in jeder Weise Abwehr und Anreizung zu geben, grobaktive Komplimente machen. So wie Herr Dingeldey die Nationalsozialisten befähigt, wird er die Aufhebung der bürgerlichen Parteien und seiner Volkspartei nicht aufhalten, sondern nur beschleunigen. Daß die als Parteien ihrer früheren Todscheuungen, wäre an sich kein Schaden, aber auf die Art, wie sie es tun, bringen sie das ganze deutsche Volk in die furchtbarste Katastrophe. Das muß verhindert werden, und kann auf die Dauer nur verhindert werden durch verstärkten Kampf der Sozialdemokratie gegen den Faschismus und seine Helfer.

Systemwechsel in Oesterreich

Eine Lehre für Deutschland

Von Julius Deutsch, Mitglied des Nationalrats, Wien.

Seit Jahr und Tag regierte in Oesterreich der „Antimarkismus“. Das war eine Zusammenballung blinden Spießbüßers gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung; das war ein Ides Plätschern in leichten Phrasen, Stimmungswort perziert mit der Drohung des Dreißtelgels. Seipel hat diese Gesinnung für Oesterreich entdeckt und sie dem Bürgertum mit Fleiß und Beharrlichkeit systematisch eingeimpft. Er dürfte sich rühmen, mit dem Schlagworte des Antimarkismus die besseren Instinkte auch jenes Teiles des Bürgertums eingeschläfert zu haben, der einstmalig liberal und demokratisch war.

Vom Antimarkismus zum Faschismus ist nur ein Schritt. Von der stupiden Gesinnung, die die politische Vertretung der großen Massen des arbeitenden Volkes zu ächten unternimmt, bis zur Methode brutaler Gewaltanwendung gegen die Arbeiterpartei führt eine kurze und gerade Straße. Das österreichische Bürgertum ist diese Straße gegangen. Es hat sich so tief mit den Faschisten eingelassen, daß es jetzt keine Weise schien, als ob da überhaupt kein vernünftiger Ausweg mehr gefunden werden könnte.

Das Ministerium Baugoin—Starheimberg—Seipel war die natürliche Folge jener Entwicklung, die, nachdem sie einmal den Boden politischer Gleichberechtigung verlassen hatte, mit Notwendigkeit beim unverhüllten Faschismus landen mußte. So erlebte nun Oesterreich eine Periode nackter Willkürherrschaft. Die eigentlich nur zur Durchführung der Neuwahlen eingesetzte Regierung der Christlichsozialen und Heimwehrleute machte entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung den Versuch einer faschistischen Gewalt-herrschaft. Um die vielen Akte der Willkür und Gesetzlosigkeit dieser Richtung aufzuzählen, reichte der Raum dieses Artikels nicht aus, verging doch kein Tag ohne schändlichen Mißbrauch, parteiischer Veruntreuung und schändlicher Korruption.

Diese Mißwirtschaft hatte wenigstens das eine Gute: Sie öffnete dem Bürgertum die Augen. Besser gesagt, es gingen ihm die Augen über. So viel Skandale, so viel wirtschaftliche Schädigungen, so viel Unverständnis hatte man sich von der „starken Hand“ eines diktatorischen Regimes denn doch nicht erwartet. Die Antwort erfolgte am Wahltage. Baugoin und die Seinen erlitten eine schmachvolle Niederlage.

Aber wer gehofft hatte, daß die geschlagenen Faschisten nun ohne weiteres die Regierung verlassen würden, sah sich schwer getäuscht. Sie lebten an den Ministerstühlen mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Sie wollten, wie der junge Starheimberg sich ausdrückte, das Ruder des Staatsschiffes, das sie einmal ergriffen hatten, nicht mehr aus der Hand geben. Es mußte ihnen erst eine sehr nachdrückliche demokratische Lektion erteilt werden, bevor sie sich trötkten.

Nach dreiwöchentlichem Jandern mußten sie gehen. Ihre Drohungen mit einem kalten Staatsreich erwiesen sich als ebenbürtige kraftmeierische Drohungen, wie die Redensarten ähnlichen Kalibers mit denen sie seit jeher herumgeworfen hatten. Sang- und Klang wurde die Epoche der Heimweh-herrschaft in Oesterreich abgepfiffen, die so laut töndend begonnen hatte.

Auch die neue österreichische Regierung ist eine Regierung des Bürgertums. Die Sozialdemokratie nimmt an ihr nicht teil, sondern bleibt in Opposition. Aber es ist ein großer Unterschied, ob der konservativ-demokratische Landeshauptmann von Borarlberg, Dr. Otto Ender Bundeskanzler ist, oder ein wüster faschistischer Wirtschaftsprediger wie der Baugoin. Freilich bleibt der Letztere auch in der neuen Regierung, weil die demokratischen Kräfte des Bürgertums nicht ausreichten, um diesen Kleber wegzubringen. Es ist aber anzunehmen, daß er sich seinen antimarkistischen Hahastrümpfen nicht mehr so krankheitslos hingeben können, als bisher. Die neue Regierung verfügt nämlich über 85 von 185 Abgeordneten. In Opposition stehen außer den 72 Sozialdemokraten auch die acht Mitglieder des Heimatbundes, mit denen zusammenzugeben sich die Parteien Schobers entschieden weigerten. Die zahlenmäßige Basis der neuen Regierung ist also sehr schmal. Sie wird sich schon deshalb hüten müssen, stärker aufzutumpfen.

Aber ganz abgesehen von den Tatsachen der Arithmetik kann die Regierung Ender kaum anders, als mit den Methoden des Faschismus Schluß zu machen. Das österreichische Bürgertum hat in den letzten Jahren eine so eindringliche Lehre erhalten, daß es vorerst wieder klug genug geworden ist, demokratisch zu empfinden. Das gebrannte Kind fürchtet das Feuer. . . . Andererseits ist die Machtstellung der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur ungebroschen geblieben, sondern erheblich stärker geworden. Der Faschismus hat ihr nichts anhaben können. Er war nur imstande, das Lager des Bürgertums zu zerlegen und in Verwirrung zu bringen, nicht aber der Arbeiterpartei Abbruch zu tun. Die Regierung Ender ist der — allerdings noch nicht vollkommene — Ausdruck der Tatsache, daß der Generalangriff des Faschismus in Oesterreich abgewehrt wurde. Oesterreich steht wieder auf dem Boden der Demokratie — ja, wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht es fester auf ihm als dies in den meisten Tagen der so stürmischen Tage in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

Goebbels hat Kriegsfilm

Warum Hakenkreuzfackel auf „Im Westen nichts Neues“

Bei den ersten Berliner Ausschreitungen gegen den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ bemerkte man den randalisierenden Naziorden Herrn Dr. Joseph Goebbels. Die Wut des Herrn Dr. Goebbels gerade gegen den Film ist unklar, wenn er auch späterhin über den Film vorzog.

Der Film Remarque behandelt, ebenso wie sein Buch, das einer Generation von Genuesen. Die Helden ihres heimkriegsähnlichen Ordinaris Kantorek an, meldete sich die ganze Sekunda freiwillig ins Gefecht, und in Kantoreks Reden, Körperlich und geistlich finden jungen Leute einer nach dem andern ihr Ende.

Goebbels war, als der Krieg ausbrach, genau wie Kantorek. Aber sein „Kantorek“ scheint nicht genug auf die Gefühlsregung des jungen Goebbels eingewirkt zu haben. Herr Goebbels blieb trotz des Krieges ruhig auf der Bank sitzen, durchmachte die Prima, machte sein Abitur, besuchte die Universität; kurz und gut: der Weltkrieg wurde er nicht berührt, ohne daß irgendwelche aktive Beteiligung des Jünglings Joseph Goebbels zu verzeichnen wäre.

Man kann freilich verstehen, wie Herr Goebbels eine bestimmte Welt bekommen muß, wenn ihm, dem friedliebenden, die Kriegsereignisse, die die Kriegsereignisse des Weltkrieges entgegengehalten werden. Seine Wut steigert, wenn er sieht, wie diese wirklichen Helden und Helden unter dem Einfluß des Erlebens des Krieges werden. Auf Herrn Goebbels wirkt das nämlich, daß seine nationalsozialistische Gefühlsregung lediglich dem mangelnden tatsächlichen Erleben entspringt.

Es ist begreiflich, daß Herr Goebbels wegen seiner nicht militärischen Heldentaten unter starken Mißgunstgefühlen leidet. Die Art, wie er diese durch mangelndes Heldentum abzureagieren versucht, entbehrt durchaus den psychologischen Erfahrungen auf diesem Gebiet. Ein labiler Charakter sucht krampfhaft die Ueberlegenheit für die Qualen eines ungestillten, unterdrückten Heldentumswillens bewußtsein leidenden Ehrgeizes.

Am Abend um 21 Uhr am Nollendorfsplatz eine große Protestkundgebung gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ stattfand. Die Teilnehmer, die auf der Dr. Goebbels das Wort ergriffen wurde, kam es heute abend gegen 19 Uhr wieder am Nollendorfsplatz zu großen Menschenansammlungen. Teilweise mußte die Schutzpolizei zur Aufrechterhaltung der Verkehrsicherheit eingesetzt werden, wobei auch herkommene Mannschaften zur Verwendung kamen. Das Theater selbst war wieder stark gefüllt. Es bildete sich die Ansammlung vor dem Theater. Es bildete sich bald darauf eine Demonstration, die, geführt von einem Lautsprechertrupp, über den Platz zog. Das Auto wurde sicher gestellt, die Insassen wurden swangsgestellt. Das Auto zeigt das Zeichen I. M. (Magdeburg).

Gegen 11 Uhr erreichten die Bände den Reichsbahnhof Platz, auf dem die einzelnen Trupps, deren Zahl von nationalsozialistischen Seiten mit 30. bis 40.000 angegeben wird, sich versammelt hatten. Hier hielt Dr. Goebbels eine Ansprache, in der er weitere Protestkundgebungen gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ aufrief und an die Versammelten die Aufforderung richtete, morgen Abend um 9 Uhr mit allen zur erreichbaren Gefühlsregung an einer Demonstration am Nollendorfsplatz sich einzufinden. C. B. Berlin, 9. Dez. Am Montag abend kurz nach 10 Uhr wurden an einem Hause in der Würzburger Straße vier Fenster eingeschlagen. Um 10.45 Uhr nachts drangen Angehörige der NSDAP in die Konditorei Senkel Süd in der Kanitzstraße ein, demolierten die Auslagen und griffen Wirt und Gäste tätlich an. Am Nollendorfsplatz verjagten die Nationalsozialisten unter dem Rufe „Deutschland erwache“ aus dem Bahnhof auf den Nollendorfsplatz zu gelangen, um hier neue Demonstrationen zu inszenieren. Die Schutzpolizei war aber auf dem Posten und drängte die Nationalsozialisten in den Bahnhof zurück, wobei wiederholt, da den Beamten Widerstand entgegengeleitet wurde, vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. C. B. Berlin, 8. Dez. Bei den gemeldeten heutigen Demonstrationen wurden am Nollendorfsplatz 15 und am Wittenbergsplatz 12 Einstürzungen vorgenommen.

Die französische Kabinettskrise

Paris, 8. Dez. (Eis. Draht.) Die Regierungskrise in Frankreich läuft in den ebrenen Bahnen des traditionellen Programms ab. Senator Laval hat sich, wie üblich, eine Bedenkzeit von 24 Stunden erbeten, um vor Erteilung seiner endgültigen Antwort seine politischen Freunde zu Rat zu ziehen. Laval begann seine Besuchsreise bei Poincaré, Briand und Tardieu. Laval bringt für seine Versuche größere Zusagen und Elastizität und vor allem größere Sympathien im Parlament mit, als sie Barthou besitzt. Es scheint trotzdem zweifelhaft, ob Laval der Größe seiner Aufgabe gewachsen ist.

So sieht Americas Abrüstung aus Dem Marineauschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses wurde das neue Flottenprogramm vorgelegt, das einen Aufwand von 134,6 Millionen Dollar erfordert.

Hakenkreuzterror am Nollendorfsplatz in Berlin

Berlin, 8. Dez. Auf Anführungen des nationalsozialistischen „Kampf“ und der üblichen Abendblätter, daß heute

Epilog zur Reichstagsabstimmung

Abwehr und Verantwortungsbewußtsein

G. Sch. Die vorläufige Weiterexistenz des Kabinetts Brüning ist am Samstag in den entscheidenden Abstimmungen des Reichstags mit jeweils rund vierzig Stimmen Mehrheit ermöglicht worden. Noch wenige Stunden vor den Abstimmungen schien es, als werde die Mehrheit sich auf nur acht bis zehn Stimmen belaufen, zumal auch einige Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten haben. Eine Anzahl Wirtschaftspolitiker lehnten es aber ab, Katastrophenspolitik zu treiben, sie blieben, da sie nicht gegen die eigene Partei stimmen konnten und wollten, der Abstimmung fern. Die Notverordnungen blieben also vorläufig in Kraft, doch hat der Kanzler auf das bestimmte Verlangen der Sozialdemokratie die Zusicherung gegeben, daß die Regierung einer späteren Abänderung der Verordnungen sich nicht widersetzen werde. Daß im Augenblick im Reichstage keine Mehrheit für sofortige Abänderungen vorhanden ist, haben die Beratungen im Haushaltsausschuß ergeben. Es blieb deshalb nur übrig, entweder die Notverordnungen aufzuheben, was unvermeidlich zur Staatsnot führen mußte und infolge der vollständigen Unsicherheit der Finanzen wahrscheinlich zu einem wirtschaftlichen Chaos, oder sie derweil bestehen zu lassen, womit gleichzeitig verbunden war, das Kabinett Brüning im Amte zu belassen.

Die Sozialdemokratie, die ziemlich die Hälfte der Mehrheit stellte, ging den Weg des Verantwortungsbewußtseins und der erfolgreichen Abwehr im Kampf gegen das drohende Chaos wie der immer unerschütterlich auftretenden faschistischen Abkömmlinge. Stürzte die Sozialdemokratie das Kabinett, kam der Anschluß bürgerlicher Parteien an den Faschismus, sofern überhaupt dann noch versucht worden wäre, auf parlamentarischem Boden weiter zu regieren. Dem Sturz des Kabinetts Brüning im Reiche wäre der Sturz des Kabinetts Braun in Preußen sehr bald gefolgt. Dann wäre der Jubel in allen Lagern der politischen und sozialen Reaktion ein ungeheurer gewesen. Man braucht bloß die unverhüllte und schraubende Mut zu betrachten, mit der die Rechtsorgane die Haltung der Sozialdemokratie angegriffen. Es ist heute wohl ganz unmöglich, den Lauf der Dinge sowohl auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete auch selbst nur für die nächsten Monate genau vorauszuweisen. Gerade deswegen würde die Sozialdemokratie besonders an

den von ihr vertretenen Volksteilen sich schwer veründigt haben, wenn sie durch den Sturz des Kabinetts dem Faschismus die Steigbügel gehalten hätte. Die Sozialdemokratie mußte so handeln, selbst wenn vorübergehend ihre Popularität, ja selbst ihre Agitationskraft etwas herab gemindert werden würde. Woran wir ganz ernstlich zweifeln.

In vielstündigen Beratungen, von der Erkenntnis des vollen Ernstes jeder Entscheidung getragen, hat die Reichstagsfraktion das Für und Wider ihrer Abstimmung erörtert und sie hat dabei auch den Blick auf die Partei und auf die Parteigenossen draußen keineswegs verloren. Ihre Entscheidung ist ihr durch das Verhalten des Kabinetts in den letzten vierzehn Tagen hinsichtlich der Notverordnung erleichtert worden, aber auch dadurch, daß Herr Brüning in der Tat die feste Absicht bekundete, auf parlamentarischem Boden um die Entscheidung zu ringen.

Die wenigen Sitzungen, die das Reichstagsplenum seit dem 14. September abgehalten hat, haben u. E. den Beweis dafür geliefert, daß eine ziemlich weitgehende Wahlreform ebenso geboten ist wie auch der bisherigen parlamentarischen Praxis. Unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen, die eine sichere parlamentarische Mehrheit einfach ausschließen, ist die Macht des Reichspräsidenten fortgesetzt gestiegen, die des Reichstags in gleicher Maße gesunken. Es kann vernünftigerweise bei Gestaltung eines Wahlrechts nicht in erster Linie auf Doktrinen und Prinzipien ankommen, sondern darauf, daß ein Wahlrecht es dem Parlament auch möglich macht, erfolgreich tätig zu sein. Und da scheint uns der Wirkliche Wahlreform nicht die erforderlichen Garantien zu bieten. Gleichzeitig sind auch noch, durch die Ereignisse und Erfahrungen der letzten Monate, eine Reihe anderer politischer Probleme und Fragen aufgetaucht, die energisch anzufassen gerade Pflicht derjenigen sein sollte, die das demokratische System im allgemeinen beibehalten wollen. Und daran ist die deutsche Arbeiterklasse in höchstem Maße interessiert.

Mit der Entscheidung am Samstag ist nur eine gefährliche Situation überwunden worden; spätestens im Januar werden neue Kämpfe und Gefahren aufstehen, die abermals festes Verantwortungsbewußtsein und ein Handeln auf weitere Sicht erforderlich machen können. Darüber in den Parteiveren in der nächsten Zeit eingehend zu sprechen, scheint uns geboten zu sein.

9 Zigaretten statt 10

Zigarettenruks wollen noch mehr als die Steuer abwälzen

Aus der Zigarettenindustrie wird mitgeteilt, daß nach Annahme der Tabaksteuererhöhung ab 1. Januar die Zigaretten „zum bisherigen Kleinverkaufspreis der Packungen geliefert werden sollen unter Fortlassung einer Zigarette in den bisherigen 10-Stück-Packungen“. Es wird die lächerliche Behauptung aufgestellt, daß die Zigarettenindustrie dadurch, daß sie die Anfang 1929 erhöhte Tabaksteuer selbst getragen habe, die „in anderen Branchen zur Zeit betriebene Preislenkung bereits aus eigener wirtschaftlicher Erkenntnis durchgeführt“ habe. Es wird die weitere Behauptung aufgestellt, daß die neue Steuererhöhung bei einer Mehrbelastung von 1/3 Pfennig für die einzelne Zigarette ein Mehrkommen von Zigarettenruks von 160 Millionen Mark“ bedeute.

Das sind ebenio sehr höchst ungerechte Maßnahmen als auch solche, die für die Verbraucher zum gleichen Preis in der Zukunft statt 10 nur 9 Zigaretten abgeben. Der Verkauf von einzelnen Zigaretten soll unmöglich gemacht werden.

Die Behauptung, daß die Zigarettenindustrie die Preislenkung durch die Nichtbelastung der Verbraucher aus der vorjährigen Tabaksteuererhöhung schon vorweggenommen habe, ist mindestens

für die großen Zigarettenkonzerne absolut unzutreffend. Denn einmal wurde ein großer Teil der neuen Steuern auf den Zigarettenhandel abgewälzt, zum anderen hat man eine Gewichtsverminderung eintreten lassen, zum dritten profitiert man von der Kontingentierung. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß für die großen Firmen, bei denen 90 Prozent der Erzeugung liegen, überhaupt keine Erhöhminderung eingetreten ist.

Es ist aber auch nicht wahr, daß die jetzige Erhöhung von Zigaretten eine Belastung von 1/3 Pfennig bringt. Zigaretten- und Materialsteuer bringen erheblich weniger als die genannten 160 Millionen Mark. Offenbar rechnet man die Zigarettenbelastung der Zigarettenruks, denn das bedeutet die Steuer statt Behälterpackung, bringt also den Zigarettenfirmen noch zusätzlichen Gewinn. Dabei ist zu beachten, daß sich die großen Zigarettenfirmen auch jetzt wieder neue Veräußerungsmöglichkeiten haben eröffnen lassen, einmal die Verlängerung des Kontingents und zum anderen die Wiederabhebung der Steuererhöhmung.

Eine so ungerechte und unvernünftige Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist eine absolute Unmöglichkeit. Wir halten das Vorgehen der Zigarettenindustrie für ungeduldig und fordern, daß die Zigarettenindustrie, da sie es kann, die Auswirkung der Steuererhöhung zum mindesten zum größten Teil auf ihre Kappe nimmt.

Besprechungen beim Reichskanzler

Berlin, 8. Dez. (Eig. Draht.) Der Reichskanzler empfing am Montag nachmittags den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey zu einer Aussprache über die politisch-parlamentarische Lage.

Am Dienstag vormittags werden der Reichskanzler und der Reichsaussenminister mit einem Teil der bisher noch hinter der Aussenpolitik stehenden Parteien Besprechungen über die Aussenpolitik haben, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen führen.

Berlin, 9. Dez. (Funkdienst.) In der Dienstagssitzung des Reichstages wird es zum Schluß zu einer Debatte darüber kommen, ob eine außenpolitische Debatte stattfinden soll oder nicht. Der Streit geht jedoch weniger um eine außenpolitische Diskussion. Hauptangriffsobjekt ist der Reichsaussenminister, der insbesondere hinsichtlich seiner Politik gegenüber Polen auf scharfe Doppeltöne hört.

Mittelschüler als Diebesbande

Kult mit Hakenkreuzen

Banreuth, 8. Dez. (Eig. Draht.) In Banreuth hat die Polizei einen Bund 13- bis 15-jähriger Schüler aufgedeckt, der sich zur Durchführung von Einbrüchen und Diebstählen zusammenschloß. Die Vorkämpfer, unter denen sich Angehörige der 3. Klasse der Banreuther Oberrealschule besonders hervortun, waren

alle von der Nazifensche ergriffen

und trugen einen förmlichen Kult mit Hakenkreuzabzeichen. Nebenbei sollen sie auch dem Vorsitzenden des nationalsozialistischen Lehrerkundes Deutschlands, dem Banreuther Volksschullehrer Schomm, M. d. N.,

Material neuen Professoren übermittelt haben, das dieser in seinem Stenogramm veröffentlichte. Die betreffende Nummer der Zeitung hatten die Schüler in einem eigenen Schaufenster ausgestellt. Bei den Einbrüchen kam es ihnen besonders

auf Weine und Spirituosen an, sie nahmen aber auch Geld mit.

wo sie es fanden. Als die Polizei vier Oberrealschüler verhaften wollte, hatten sie in der Nacht zuvor das Weite gesucht, wozu einer seiner Begleiter noch 20 M. entwendet hatte. Zwei der Ausreißer hatten für die Flucht die selbe Hiltzerstraße angesetzt. Einer konnte inzwischen in Kirchenlatzfang festgenommen werden.

Inangriffnahme der „Berliner Winterhilfe“

W. B. Berlin, 8. Dez. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: In Fortführung der von den preussischen Ministern des Innern und für Volkswohlfahrt eingeleiteten Aktion einer Berliner Winterhilfe trat heute ein großer Kreis von führenden Vertretern der Wirtschaft zur Aufbringung der erforderlichen Mittel wie zur Erörterung der wünschenswerten Verwendung zusammen. Dem Unternehmen wurde von allen Erfolgswegungen tatkräftige Unterstützung zugesagt. Namhafte Wirtschaftskreise an diesem Liebeswerk mit den Unterhelften zahlreicher Organisationen, Firmen und Einzelpersonen wird spätestens Ende dieser Woche erscheinen.

Hakenkreuzheuchelei am Pranger

Im Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker seien wir nachstehenden Artikel, der so recht geeignet ist, die Unehrlichkeit des nationalsozialistischen Kraftmeierens mit bengalischem Feuerwerk zu beleuchten. Der Korrespondent schreibt:

In Sachen wandten sich die Nationalsozialisten während des Wahlkampfes an die Unternehmer mit der Bitte um geldliche Unterstützung. Als daraufhin ein Fabrikant zurückgriff, es könne ihm nicht zugemutet werden, eine „Hakenkreuzpartei“ zu unterstützen, antwortete das Sekretariat der NSDAP, wie folgt: „Zu Ihrer Bemerkung betreffs sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Zeit unserer öffentlichen Klatsche betören — der Zweck heißt doch das Mittel. Welche Partei löst nicht ihre Träger? Seien Sie versichert, meine verehrte Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bangt ist bezüglich Ihres zur Zeit schwandenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte, wie „Kampf mit dem Kapitalismus!“ usw., aber selbige sind notwendig, unbedingt, denn unter dem Banner nationalsozialistisch, oder nur national allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben also keine Zukunft mehr... Also verstehen Sie nur recht, wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor. Nur müssen wir die Fäule wieder fest in die Hand nehmen... Inzwischen sind ja auch durch die langwierige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt, daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“ Kommentar überflüssig!

Ob wohl den geländeten Arbeitern, Angestellten und Beamten bald die Augen aufgehen werden?

Begnadigung der Verurteilten im Kussenprozeß

Moskau, 8. Dez. Das Zentralersekretariatkomitee der Sowjetunion beschloß, die zum Tode verurteilten Angeklagten Kamin, Tschernomir, Kalinnikoff, Karkischew und Petrow zu 10jähriger Gefängnisstrafe und die zu 10jähriger Gefängnisstrafe verurteilten Dschin, Simitin und Kuprijanow zu achtfähriger Gefängnisstrafe zu begnadigen.

Das Zentralersekretariatkomitee der Sowjetunion erklärt dazu: „In Anbetracht dessen, daß 1. die Verurteilten nicht nur getötet waren und die begnadigten Verbrechen begangen, sondern auch durch ihre Aussagen in der Voruntersuchung und Untersuchung über gegenrevolutionäre Organisation ermittelten, welche Agenten- und ausführendes Organ der Interventionisten und Militärs in Bürgerkriegs- und Sowjetrevolution nicht einem Ausschusskomitee war, 2. daß die Sowjetregierung nicht einem Ausschusskomitee gegen die Verbrechen begangen, wurde die Begnadigung der Verurteilten ausgesprochen. Hinausgesetzt wird, daß die Begnadigten auf Verzicht ihrer Rechte für die Dauer von fünf Jahren und auf Einziehung ihres Vermögens erkannt wurde.“

Kiga, 9. Dez. (Funkdienst.) Die Begnadigung war nach dem ganzen Verlauf des Prozesses zu erwarten. Die Hauptangeklagten haben „Gesinnung“ gegen die Weltmächte überhaupt nur in Erwartung einer Begnadigung abgelenkt.

Kommunistische Katastrophenpläne

Streikvorbereitungen und Hungermärsche

Berlin, 8. Dez. (Eig. Draht.) Die Kommunistische Partei und ihre Organisationen verüben im Ruhrgebiet einen Streik der Bergarbeiter vorzubereiten, der an dem Tage, an dem der in Westfalen nicht feststehende Streik ausbricht, stattfinden soll. Die Streikvorbereitungen sind in Westfalen, wo die Arbeiter mit Hilfe von Flugblättern, Klebstreifen und Plakaten, sowie mit Verfammlungen auf den Schachanlagen und Demonstrationen zum Streik aufzurufen.

Am 14. Dezember will die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ im ganzen Ruhrgebiet große Kundgebungen und Demonstrationen für die Streikmobilisierung der Bergarbeiter veranstalten. Diese Kundgebungen beschließt man mit Fackelmärschen der Gewerkschaften zu verbinden, und zwar sollen die Kundgebungen nicht durch die Presse, sondern durch Flugblätter angekündigt werden.

Am 24. Dezember abends zwischen 19 und 21 Uhr sollen die Demonstrationen mit „großen Hungerkundgebungen“ in allen Teilen des Ruhrgebietes, die nach Möglichkeit in dem Bourgeoisviertel abgehalten werden sollen, ihren Höhepunkt erreichen. Die Streikmärsche am 14. Dezember und die Kundgebungen am 24. Dezember sollen unter allen Umständen durchgeführt werden, auch wenn polizeiliche Verbote erfolgen sollten.

Für die Zeit vom 14. bis 24. Dezember ist für die Erwerbslosen bereits Bezirksfackelalarm verhängt worden. Dieser Fackelalarm der Kommunisten, über deren Methode und Zweck von unserer Seite eingehende Informationen zugegangen sind, ist einseitig und einmal die ganze Verantwortung für die kommunistischen Führer. Sie stimmen in jeder Beziehung mit den Fackelmärschen überein, die von kommunistischer Seite auch in anderen Teilen Deutschlands um die Weichenschicht geplant sind, und die kein anderes Ziel verfolgen, als die Arbeiter bewußt mit den Erwerbslosen des Staates in Konflikte zu bringen. So belagern die Kommunisten das Gesicht der deutschen Faschisten, die mit Schmeißen auf neue Katastrophen warten.

Selbstmord

in der römischen Sowjetbotschaft

Rom, 8. Dez. (Eig. Draht.) „Am Samstag ist der erste Sowjetsekretär Levine der Sowjetlandtschaft in Rom verstorben.“ So lautet eine kurze, nach dem Tode Levines veröffentlichte Notiz der Sowjetbotschaft. Bald darauf tauchten jedoch unautorisierte, hierher Gerüchte auf, daß Levine Selbstmord begangen habe. Wie der Korrespondent des Soz. Pressedienstes dazu berichtet, liegt tatsächlich ein Selbstmord vor und zwar wird die Freieren der Sowjetlandtschaft behauptet, daß der Tote selbstmordhaft auf unglückliche Familienangelegenheiten Levines zurückzuführen sei. Es geht jedoch auch die Version, daß das eintägige Motiv für den Selbstmord mit den neuen Verhältnissen durch die Selbstmord und in der Furcht davor, selbst verhaftet zu werden in Zusammenhang steht.

Parteitag der österr. Sozialdemokratie

Wien, 8. Dez. Der Wiener Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten nahm am Montag ein Referat von Dr. Bauer über die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit entgegen. Bauer erklärte, daß es in Österreich 237.000 untertriebene Arbeitslose gibt, von denen etwa 70.000 nicht untertrieben kommen, das sind 167.000 mehr als vor gleichen Zeit des Vorjahres. Die Wirtschaftslage war für das Jahr 1929 eine Folge des Zerfalls des alten Weltmarktes. Für die österreichische Industrie gingen sieben Prozent der alten Weltmärkte verloren. In Wien ist die Arbeitslosigkeit im Jahre 1929 um 39 Prozent gestiegen, in den anderen österreichischen Ländern um 27 Prozent. Die Erörterung der Wirtschaftslage zwischen Österreich-Ungarn und Jugoslawien ist die Gefahr der Wiederherstellung der alten Monarchie. Der Parteitag beschloß sich eine kurze Aussprache, die mit der einstimmigen Annahme einer von Dr. Bauer vorgelegten Resolution endete, in der die Regierung und Parlament aufgefordert werden, alles zu tun, um die Wirtschaftskrisis zu lindern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Die Wahl des Parteivorstandes brachte im Vergleich zu den bisherigen Vorständen keine Veränderungen.

Liga für Menschenrechte fordert Revision

Paris, 8. Dez. Der Bezirksverband St. Germain der Liga für Menschenrechte hat sich in einer Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, für die Revision des Vertriebes der Deutschen aus dem Elsaß ausgesprochen. In der Entschliessung wird u. a. gesagt, der Vertriebe sei der Aufhebung, daß die Friedensverträge den Nationalitäten a f a z u m u n g worden seien, ohne daß ihre Vertreter sich hätten Gehör verschaffen können, eine Tatsache, die in der Geschichte der Völker beispiellos dastehe. Durch Art. 231 habe Versailles der Reich der Deutschen keine Verantwortung für den Krieg aufgedrückt, diese Schuld habe hauptsächlich auf der Annahme der allgemeinen Mobilisierung des russischen Heeres beruht, die gegenüber sei heute erwiesen, daß die Mobilisierung des russischen Heeres, die vom Zaren am 20. Juli unterzeichnet wurde, zwölf Stunden vor der des österreichischen Heeres erfolgte, wie das auch Boincaré in seinem letzten Erinnerungsband bestätigt. Die offizielle Anerkennung dieses Irrtums bilde neben dem Vertriebe ein neues Stadium das ausreiche, um die Revision der Friedensverträge zu rechtfertigen. Aus diesen Gründen fordere die Liga für Menschenrechte den Bezirksverband St. Germain zur Entschliessung, die Revision der Friedensverträge vor, die Revision der Friedensverträge als Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

